Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1863

9.4.1863 (No. 83)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 9. April.

Nr. 83. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1863.**

Telegramme.

△ **Augsburg,** 8. Apr. Der „Allgem. Ztg." wird aus Wien gemeldet, Oesterreich habe — in Beantwortung des Tuilerien-Antrags — vorgeschlagen, seinerseits mit einer Note in St. Petersburg vorzugehen; die Westmächte sollten nachfolgen. Der Großfürst Konstantin hat Oesterreich wegen der Grenzverletzung Genugthuung zugesagt. Es soll eine entsprechende Kommission gebildet werden.

Breslau, 7. Apr. (W. T.-B.) Die „Bresl. Ztg." berichtet: In Kalisch herrscht große Aufregung wegen Annäherung der Insurgenten; es heißt, diese seien nur noch sechs Meilen von der Stadt entfernt. An den Festtagen wurden die Kirchen um sechs Uhr Abends geschlossen und militärisch bewacht. Die Garnison bivouakirt auf den öffentlichen Plätzen; jede Scharwache ist mit zwei Geschützen versehen.

St. Petersburg, 7. Apr. (W. T.-B.) Der Adel des Gouvernements St. Petersburg hat (wie bereits kurz angedeutet) einstimmig eine Adresse an den Kaiser folgenden Inhalts beschlossen: Die durch die polnischen Wirren hervorgerufenen Ansprüche auf das Patrimonium Rußland erregen uns Schmerz und Unwillen. Die durch Ew. Majestät eingeleitete Aera der Reformen wird den gegen die Integrität des Reiches geschmiedeten Planen nicht günstig sein. Im Verein mit allen anderen Klassen der Bevölkerung wird auch der Adel vor keiner Anstrengung, vor keinem Opfer zur Vertheidigung des russischen Gebietes zurückschrecken.

* **Madrid,** 6. Apr. Man sagt, daß Hr. de Castro im Senate in Bezug auf die Finanzfrage interpelliren wird. Man schätzt das von Hrn. Salaversia bei seinem Ausscheiden aus dem Ministerium gelassene Defizit auf 550 Millionen Realen (148,500,000 Frcs.).

Deutschland.

Mainz, 5. Apr. (Fr. J.) Warburg, der Verfasser der Broschüre „Schwester Adolphe", hat, nachdem nunmehr seine Untersuchung geschlossen ist, an die Rathskammer des Bezirksgerichts abermals ein Gesuch um provisorische Freilassung gegen Kaution eingereicht; dasselbe wurde jedoch wieder abschläglich beschieden. Warburg soll die Absicht haben, vor der Aburtheilung seines Prozesses von dem Rekusationsrechte einen sehr umfangreichen Gebrauch zu machen. Die HH. Dr. Fitting und Dr. Görz werden seine Vertheidigung führen.

Bremen, 1. Apr. Die Tagesordnung der Bürgerschaft führte heute zur Aufhebung der Wirthschaftskonzessionen. Dr. Schumacher stellt den Antrag, das Gesetz unter Herabsetzung der Abgabe auf 15 Thlr., Theilnahme der Kommunalkassen in den Hafenstädten mit 25 Proz. an dieser Abgabe und Revision des Gesetzes nach fünf Jahren anzunehmen, was zum Beschluß erhoben wurde.

* **Berlin,** 5. Apr. Aehnlich wie die „Nat.-Ztg." (s. gestr. Bl.) spricht sich die „Berl. Allg. Ztg." über die dänische Gewaltmaßregel gegen Schleswig-Holstein aus. Sie sagt u. A.:

Durch den Staatsstreich, mit dem die dänische Regierung so lange gedroht und den sie nun wirklich in's Werk gesetzt hat, sind die Verträge von 1852 für immer zerrissen. Wir haben nun wieder völlig freie Hand, das alte Recht zu fordern, und wir sind an keine Zugeständnisse gebunden. Ist für den Augenblick auch diese Freiheit nicht viel werth, so wird doch hoffentlich wieder einmal die Zeit kommen, wo eine preußische Regierung in voller Eintracht mit ihrem Volke die Fahne Deutschlands wird erheben können.

Ein Korrespondent der „Südd. Ztg." aus Holstein faßt seine Ansicht über denselben Gegenstand in den Worten zusammen:

Meines Erachtens gibt es nur eine Antwort auf die dänische Maßregel: die Wiederherstellung des alten, vor 1848 bestehenden Rechtszustandes. Alle Einsprachen und Verwahrungen, die nicht dies mit aller Bestimmtheit aussprechen würden, wäre nichts als schätzbare Makulatur.

Wie dem „Frkf. Journ." mitgetheilt wird, beabsichtigen einige Mitglieder der liberalen Partei, gleich nach dem Wiederzusammentritt der Kammer die schleswig-holsteinische Frage zur Verhandlung zu bringen. Ob dies in Form einer Interpellation oder einer Resolution geschehen wird, ist für jetzt noch nicht bestimmt zu sagen. — In den Motiven zu dem Gesetzentwurf der Regierung wegen Feststellung der Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben für 1862 findet sich ein kurzer Satz, der die Stellung des Ministeriums zu dem Budget-Bewilligungsrecht der Volksvertretung auf das schlagendste erläutert. Der Beschluß des Hauses der Abgeordneten, von den 31,000 Thlrn. des Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke 15,000 Thlr. zu streichen, wird als schädlich getadelt, weil damit der Regierung die Mittel genommen seien, sich aus der Presse zu informiren und auf die Presse zu wirken; und darauf heißt es wörtlich, die Regierung habe „demnach" diesem Beschluß „nicht beitreten können." Gegenüber dem einfachen unwiderleglichen Wort des Abg. Twesten: „Zum Bewilligen sind drei Faktoren nöthig, zum Versagen genügt der Wille eines jeden", stellt das Ministerium eine Theorie auf, wonach zum Versagen einer von der Volksvertretung geforderten Ausgabe aus Volksmitteln auch die Zustimmung der Regierung erforderlich ist. — Der Geh. Rath Kammerherr v. Savigny ist nach dem „Staatsanzeiger" zum außerordentlichen Gesandten in Brüssel ernannt worden. — Der kurhessische Gesandte am preußischen Hof, Hr. v. Schachten, ist hier eingetroffen. — Der zum König von Griechenland erwählte Prinz Wilhelm von Holstein soll zum Gemahl der dritten Tochter der Königin Viktoria, Prinzessin Helene, bestimmt sein. Korfu dürfte die Sommerresidenz des griechischen Hofs werden.

* **Berlin,** 6. Apr. Se. Maj. der König ertheilte gestern im Beisein des Ministerpräsidenten v. Bismarck dem kurfürstl. hessischen Gesandten v. Schachten eine Audienz und nahm dessen Beglaubigungsschreiben entgegen. Der Vertreter Preußens am kurhessischen Hof, Generalmajor v. Münster-Mainhöfel, hat sich von Erfurt aus als Gesandter in außerordentlicher Mission nach Kassel begeben. Wie schon früher gemeldet, wird derselbe dort nur so lange verbleiben, bis der künftige Gesandte, Baron v. Arnim, welcher alsbald aus Lissabon hier erwartet wird, am kurfürstlichen Hof eingetroffen ist. Inzwischen sind die diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und Kurhessen nunmehr in aller Form wieder hergestellt.

Man schreibt der „Köln. Ztg.": Die Vorstände der vier Berliner Wahlbezirke haben sich bereits zu Gunsten der Waldeck'schen Resolutionen ausgesprochen. Indessen werden sowohl in der Hauptstadt als im Lande die Forckenbeck'schen Anträge in kompetenteren Kreisen überwiegend als ein sehr geeigneter Ausgangspunkt betrachtet, um in der Militärfrage zwischen dem Lande und der Regierung eine Verständigung auf gesunder Grundlage herbeizuführen. Möglich, daß innerhalb der Fortschrittspartei eine äußerste Linke unter Waldeck und Kirchmann, und eine Linke unter Forckenbeck und Twesten sich konstituirt, welche letztere in dem linken Zentrum eine starke Unterstützung finden würde. Möglich aber auch, daß es Schultze-Delitzsch gelingt, zwischen Waldeck und Forckenbeck nochmals zu vermitteln, und daß die Erwägung maßgebend wird, daß, wenn der Beschluß des Abgeordnetenhauses über die Militärnovelle nicht mit kompakter Majorität gefaßt wird, er die Kraft verliert und die Autorität des Hauses beeinträchtigt. Auch die „National-Ztg." ist der Ansicht, daß, wenn über den wesentlichen Inhalt des zu fassenden Beschlusses eine Uebereinstimmung zu erreichen ist, und wenn es nur noch um die einzuschlagende Taktik sich handelt, die verderblichste Taktik diejenige sein werde, welche die liberale Majorität, die bisher alle großen Fragen entschied und auf deren festem Zusammenhalt das Ansehen des Abgeordnetenhauses wesentlich beruht, zersplittern würde.

Die feudale Korrespondenz hatte den Magistrat und namentlich den Kommissär desselben beschuldigt, das Ausbleiben der Gewerke bei der Feier des 17. März veranlaßt zu haben. In Folge dessen haben die Vorstände und die Vertreter der hiesigen Tischler- und Stuhlmacherinnung in ihrer Sitzung am 1. April die Erklärung abgegeben, daß sie „wegen der obschwebenden traurigen Lage der Staatsverhältnisse" der Feier nicht haben beiwohnen können.

Berlin, 6. Apr. Wir kommen noch einmal auf den mehrerwähnten Bericht über den Antrag der Abgg. Schulze-Delitzsch, Mellien und Immermann auf Erlaß eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes zurück und heben zunächst die von dem Kommissär der k. Staatsregierung am Eingang der Verhandlungen abgegebene Erklärung hervor. Derselbe bemerkte:

Die Staatsregierung habe sich nicht veranlaßt gefunden, in der gegenwärtigen Session ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister vorzulegen, weil sie überzeugt sei, daß es nicht zu Stande kommen werde, da die Faktoren der Gesetzgebung in dieser politischen Frage mit ihren Ansichten weit auseinandergehen. Die Regierung könne sich auch nicht mit dem eingebrachten Entwurf einverstanden erklären; insbesondere müsse sie 1) daran festhalten, daß der Gegenstand des Gesetzes nur Verfassungsverletzung sein könne, indem die Verbrechen des Verraths und der Bestechung seit Erlaß des Strafgesetzbuches nach dessen Bestimmungen zu bestrafen seien; 2) könne sie es nicht für richtig halten, daß das Obertribunal zum Gerichtshof bestellt werde, indem dasselbe dadurch einen politischen Charakter erhalte, was für die Unbefangenheit und das Vertrauen des höchsten Gerichtshofs nicht wünschenswerth erscheine.

Dieser Auffassung entsprechend hat der Regierungskommissär auch nur der Generaldebatte beigewohnt und sich bei Beginn der Spezialdebatte mit der Erklärung entfernt, daß er zu weiteren Erörterungen in der Spezialdebatte nicht ermächtigt sei.

Von den Antragstellern wurden für das Bedürfniß eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes vier Gründe besonders hervorgehoben: 1) nur auf diese Weise könne der Grundsatz von der Unverantwortlichkeit des Königs und der Haftbarkeit

---

*Kg. Eine leidige Verwechslung.

(Fortsetzung aus Nr. 82.)

So kam's, daß ich mich eines trüben und feuchten Herbstnachmittags an der Preußisch-Russischen Grenze auf dem Weg nach St. Petersburg befand.

Ich fand die Zollbeamten in Eydtkuhnen weit nicht so lästig als ich erwartet hatte. Einige der jüdischen Fahrgäste schienen allerdings eine endlose Reihe Förmlichkeiten durchmachen zu müssen, ich aber hatte nicht viel zu klagen. Mein Paß war vollkommen in Ordnung, gehörig mit dem brittischen Wappen ausstaffirt und mit rothen und schwarzen Adlern in jeder widersinnigen Stellung bestempelt — vom in Ostende darauf geprägten belgischen Löwen nicht zu reden —. Mit Trinkgeldern knauserte ich nicht, und so kam ich denn ohne die Plackerei davon, die sich einige meiner mittelloseren oder knickerigeren Mitreisenden durch ihre Sparsamkeit zuzogen.

Bis Kowno hatte ich in dem Ersteklasse-Wagen des russischen Zugs keinen Reisegefährten; hier aber stieg ein Herr ein. Es war ein gutgekleideter gutaussehender Mann, Mitte der Dreißig; schwarz, hager und sehnig, rührig, mit lebhaften braunen Augen und prächtigen Zähnen. Er brachte einen Haufen Pelzröcke und sonstige Pelzhüllen mit herein, sowie eine Reisetasche ganz ähnlich der meinigen, die ich unter mir zwischen den Füßen hatte und die in Gold und Bankscheinen die von unserm Hause der Firma Druce Gray u. Druce vorzustreckende Summe enthielt. Der neue Ankömmling nahm nach der höflichen festländischen Sitte beim Einsteigen den Hut ab und beugte mich, als er sich zurechtsetzte, mit einem raschen Seitenblick, der mich im Nu auszukennen schien.

Wir kamen bald in ein Gespräch, das französisch begann und unmerklich in's Englische überging. Mein neuer Bekannter sprach beide Sprachen gleich geläufig und ohne wahrnehmbaren ausländischen Accent. Er war sehr gesprächig und angenehm, voll Geschichtchen und belehrender Mittheilung, und erzählte mir von dem Land und Volk des Bezirks, durch den wir fuhren, als hätte er sein Lebenlang in der Gegend zugebracht. Ich hielt ihn im Stillen für einen russischen Edelmann, bis er durch eine zufällige Bemerkung meine Ansicht änderte, und späterhin ungesucht mir sagte, er sei ein holländischer Ingenieur und heiße van Marum.

Ich erfuhr denn, daß er zur Zeit eine Anstellung von der russischen Regierung habe und an Kostenüberschlägen zu umfänglichen Entwässerungs- und Deich-Arbeiten, die auf den Krongütern ausgeführt werden sollten, arbeite. Ich war eben so mittheilsam: nicht als ob ich's für klug hielt, in der Unterhaltung mit einem Fremden über die beträchtliche Summe, die ich mit mir führte, mich auszulassen; aber ich erwähnte, daß Geschäfte von ungewöhnlicher Wichtigkeit meine Reise bestimmt hätten, und nannte dabei den Namen der Firma, an die ich angewiesen war.

„Ei, wirklich, mein werther Herr," rief der Holländer aus; „Druce und Compagnie, vom Newskoiprospekt und vom Admiralitätskai! Ja, da erlauben Sie mir Ihnen im Voraus zu der brillanten Aufnahme zu gratuliren, die Ihrer wartet. Die Gastfreiheit jenes großen Hauses ist eine prächtige, sumtuöse. . . . . Da ist Wilna. Was gibt's denn in aller Welt?"

Wohl mochte mein Holländer so fragen! Der Zug hatte eben mit einem knirrenden Stoß gehalten, die Bremsen schnarrten, die Dampfpfeife begann in zorniger Ungeduld hinauszuschrillen, und puff! puff! fuhren die Stößer der Wagen zusammen, wie wir zu plötzlichem Stillstand kamen. Zu unserer Rechten erschien die Stadt Wilna mit ihren grünen Dächern und den Kuppeln der zahlreichen Kirchen, die — mit glänzendem, bronzirtem und vergoldetem, Metall überzogen oder mit grellem Grün oder Roth angestrichen — in den wässerigen Strahlen der untergehenden Sonne leuchteten. Wir hatten aber gerade außen vor dem Bahnhof Halt gemacht, von dem dumpfes und fortdauerndes Getöse herdrang; die Kondukteure liefen, so schnell ihre langen Serscheröcke es zuließen, hin und wieder und das gellende Glöckchen des Telegraphen klingelte unaufhörlich.

„Ein Unfall?" sagte ich und sprang auf, aus dem Fenster zu sehen. Ich sah und sah, konnte aber die Ursache unseres Aufenthalts nicht recht herausbringen. Etwas war im Wege, etwas, das die Schienen sperrte, warum es aber nicht auf das Seitengleis weggebracht wurde, um Platz zu unserem Weiterkommen zu machen, blieb mir ein Räthsel.

„Es sieht wie eine Reihe Viehwägen aus," sagte ich und setzte mich wieder.

Mein Reisegesellschafter steckte den Kopf aus dem Fenster mit den Worten: „Nicht doch, mein werther Monsieur Bainbridge. Es sind die Wagen, worin Soldaten fahren. Die Regierung befördert, scheint's, eilig Militär auf der Bahn. Es muß etwas im Süden vorgegangen sein."

So war's auch. Eine starke Truppenmacht wurde nach dem Süden und Westen geschickt, um einen gedrohten Ausbruch unter den polnischen Bauern oder den russischen Leibeigenen zu unterdrücken, und die Behörden hatten das ganze Personal und den ganzen Wagenvorrath der Bahn in ihren Dienst gepreßt. Von Wilna bis Petersburg war der Eisenweg voll Züge mit Leuten, Pferden, Vorräthen und Geschütz. Ganze achtundvierzig Stunden war keine Hoffnung auf Wiederaufnahme des regelmäßigen Reisendenverkehrs, und nichts zu machen, als eben in Wilna zu bleiben, wo sich nach der Versicherung des Kondukteurs, selbst für so vornehme Herren wie wir, beste Unterkunft fände. — Aergerlich!

„Kommen Sie mit, Herr Bainbridge," sagte mein neuer Freund; „ich bin in Wilna gut bekannt. Es gibt nur Einen Gasthof über dem Rang einer Schenke, und wenn wir uns nicht eilen, so füllen ihn diese hebräischen Mäkler, die Sie da hinter uns Jeremiaden schnarren hören. Hurtig! Dahinaus! Das sind Ihre Koffer? Ich will auf sie Acht haben für Sie. Ein Abstellzimmer . . . .? warum nicht gar! Aber Verzeihung, in Rußland sollten Sie nie Ihre Effekten aus den Augen lassen. Da ist die Droschke des Hotels, die der Inhaber gar gern seinen „Omnibus" titulirt. Geschwind hinein!" (Fortsetzung folgt.).

der Minister realisirt werden; 2) der Art. 61 der Verfassungsurkunde verheiße ein derartiges Gesetz; 3) die Verfassung sei inzwischen bereits verletzt; 4) das eigene Interesse der Minister erfordere ein solches Gesetz, denn sie würden dem auf ihnen haftenden Vorwurf der Verfassungsverletzung nur entgegentreten können, wenn ein Gesetz ihre Verfolgung überhaupt möglich mache. Die Erneuerung des Antrags sei also sicherlich zeitgemäß, und man habe sich bei dem Entwurf möglichst genau nicht nur an die Verfassung, sondern auch an die früher durchberathenen und im Einzelnen genehmigten Entwürfe gehalten, um eine Beistimmung der ganzen liberalen Partei zu sichern.

Von einem Mitglied der Kommission wurden hinsichtlich der Zweckmäßigkeit des Antrags einige Zweifel erhoben, die jedoch von den übrigen Mitgliedern nicht getheilt wurden. Sei ein augenblicklicher, unmittelbarer Erfolg auch zweifelhaft, wurde hervorgehoben, so sei es doch geboten, mit Geduld und Ausdauer die Gesetze zur Vollendung der Verfassung immer von neuem zu beantragen. Moralisch und politisch betrachtet, sei sicherlich die Zeit gekommen, an die Stelle einer unwahren, nur zum Schein bestehenden Verantwortlichkeit eine wirkliche und rechtliche Verantwortlichkeit zu setzen und dadurch Ministern mit rechtlichen Bestrebungen für das dem Staat Nothwendige einen festen Halt zu geben. Man könne es allerdings als wünschenswerth bezeichnen, daß ein Staatsministerium selbst die Initiative für ein solches Gesetz ergreife, daß diese Materie in Verbindung und im Zusammenhang mit der gesammten Verantwortlichkeit der Beamten gestaltet wäre; allein alles Dies sei im Lauf von nunmehr 13 Jahren nicht geschehen. Gegenwärtig aber handle es sich um einen Zustand, in welchem das Haus der Abgeordneten die Klage über Verletzung der Verfassung durch die Minister erfolglos bis vor die Stufen des Thrones getragen habe, und in dem die Minister nach wie vor fortfahren, sich für verfassungswidrige Handlungen auf ihre angebliche Verantwortlichkeit zu berufen.

Es sei nunmehr an dem Hause der Abgeordneten, seinerseits das formelle Hinderniß dieser Verantwortlichkeit wegzuräumen und abzuwarten, ob die beiden anderen Faktoren der Gesetzgebung diese formellen Hindernisse noch ferner konserviren wollen, oder ob es den Ministern Ernst damit sei, es auf einen richterlichen Spruch über ihr Thun ankommen zu lassen. Bestehe die beschworene Verfassung als das wohlerworbene Recht des Landes, so dürfe auch die Straflosigkeit ihrer vorsätzlichen Verletzung nicht fortdauern; sei dieses Recht vorhanden, so solle sich auch Niemand der Strafsanktion gegen die Verletzung desselben entziehen. Es sei nunmehr die Zeit gekommen, in welcher das Haus der Abgeordneten dieses sein verfassungsmäßiges Recht ohne Aufschub vindiziren und seinerseits abwarten müsse, ob, in wie weit und aus welchen Gründen es von der Staatsregierung verweigert werden möchte. Die Kommission trat hierauf in die Spezialberathung ein, deren Resultat bekanntlich die einstimmige unveränderte Annahme des dem Antrag beigegebenen Gesetzentwurfs war.

Wien, 5. Apr. Die „General-Korresp." schreibt in offiziöser Weise:

Eine Wiederannäherung Preußens an Oesterreich wurde dieser Tage in einigen Blättern verkündet und sogar von einer äußerst freundlich gehaltenen Note gesprochen, welche das Berliner Kabinet nach Wien gerichtet habe. Wir sind nicht unterrichtet, in wie weit jene Angaben begründet sind, wir haben keine Kunde über Inhalt und Ton einer solchen Note; wohl aber glauben wir behaupten zu dürfen, daß die Stellung, welche die preußische Regierung in praktischen Fragen, wie z. B. mit dem belgischen Handelsvertrage, in der Scheldezollablösungs-Angelegenheit 2c. 2c., Oesterreich gegenüber neuerdings zur Schau trägt, herzlich schlecht mit angeblichen versöhnlichen und entgegenkommenden Schritten sich zusammenreimen läßt. Indem wir hiermit nur konstatiren, was ohnehin hinreichend einleuchtend ist, dürfen wir zugleich als bekannt voraussetzen, daß Oesterreich in seiner Auffassung der polnischen Frage abermals bewiesen hat, wie ängstlich gewissenhaft es bemüht ist, den Pflichten und Rücksichten zu genügen, die ihm seine Stellung als deutsche Bundesmacht auferlegt, und als solche die Bethätigung bundesfreundlicher Gesinnung als selbstverständlich betrachtet.

Der Wiener Korrespondent der „Bresl. Ztg." schreibt: „In einer der ersten Sitzungen des Abgeordnetenhauses wird die Regierung über die Konkordatsrevision interpellirt werden; die Vorschläge, die das Ministerium im Oktober v. J. wegen Abänderung der auf die gemischten Ehen und das Unterrichtswesen bezüglichen Artikel in Rom unterbreitet, sind bis heute von der Kurie noch nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden." — Der ehemalige preußische Landtags-Abgeordnete Bentkowski, der sich der polnischen Insurrektion angeschlossen, befindet sich, wie die „Gener.-Korr." mittheilt, gegenwärtig in Wien, wo er sich nur kurze Zeit aufhalten wird, um nach Paris zu gehen, wo er eine Denkschrift über die polnische Insurrektion herausgeben wird, vorzüglich die Handlungsweise des Ex-Diktators Langiewicz vor der Welt rechtfertigend, wozu er als Chef des Generalstabs die meiste Befähigung besitzen dürfte. — Jenen Studirenden der Krakauer Universität, welche ihre Studien verließen, um für die Freiheit Polens zu kämpfen, sich aber jetzt unter den Internirten in Olmütz, Brünn und Iglau befinden, ist in Folge höherer Verwendung gestattet worden, ihre Studien im zweiten Semester in Wien oder Graz fortzusetzen, wenn sie sich bereit erklären, sich einigen durch die Lage gebotenen Beschränkungen zu unterwerfen.

†† **Wien,** 7. Apr. Die Entlassung des Judex curiae von Ungarn wird mit Recht als ein Ereigniß von großer Tragweite gewürdigt. Graf Apponyi war sich des Einflusses seiner Stellung auf die Entwicklung der ungarischen Frage zu sehr bewußt, als daß er sich nicht dann erst hätte entschließen sollen, auf diese Stellung und den an sie geknüpften Einfluß zu verzichten, als er die Ueberzeugung gewonnen, daß in Wien der entschiedenste Wille vorhanden sei, die Frage im Sinne des Einheitsstaats und der Februarverfassung zu erledigen, und daß diese Anschauung nicht mehr blos im Staatsministerium unverändert geblieben, sondern ihr in neuester Zeit auch die ungarische Hofkanzlei sich zugeneigt. Denn Graf Forgach hat allerdings, sobald er den Ernst der Lage erkannt, seinen Frieden mit Hrn. v. Schmerling gemacht, und so erschien es, selbst von seinem Standpunkte aus, doppelt geboten, auch das oberste Richteramt in Ungarn, dessen tief einschneidende Befugnisse die Thätigkeit der Hofkanzlei eben so wesentlich zu unterstützen als sie zu lähmen geeignet sind, nicht länger in den Händen einer Persönlichkeit zu lassen, welche entschieden andere Wege zu gehen fort und fort entschlossen war. Die Entlassung des Grafen Apponyi bedeutet für den ungarischen Theil des Ministerraths nicht mehr und nicht weniger als eine Systemsänderung.

Und in der That scheint schon jetzt die politische Strömung in Ungarn eine andere geworden. Während noch vor wenig Tagen die Ovation für Deak als ein äußeres Zeichen gedeutet wurde, daß alle Parteien in Ungarn den Tendenzen des Staatsministeriums einig und geschlossen gegenüberstünden, erklären jetzt bereits einzelne Parteiorgane und selbst einzelne Parteimänner — wir nennen namentlich den Grafen Dessewffy und den Bischof Lonocwicz —, daß jene Ovation nur als ein Akt persönlicher Werthschätzung aufgefaßt werden dürfe und daß zwischen den Worten, welche Deak gesprochen, und zwischen den Ansichten, zu welchen ein großer Theil der Anwesenden sich bekenne, eine breite Kluft bestehe. Gewiß ist damit noch nicht die Verständigung fertig, sondern noch immer ein weiter Weg zurückzulegen, bis ein ungarischer Landtag beisammen ist, der sich entschließt, auf der Basis der Februarverfassung das Werk der Vereinbarung aufzurichten; aber eben so gewiß steigen die Hoffnungen, daß dieses Werk rasch und vollständig gelingen werde, sobald einmal die alten ungarischen Parteien sich zerbröckeln und sobald eine homogene Regierung mit dem ungeschwächten Nachdruck einer einigen Aktion ihnen gegenübertritt.

Es war schon für die ersten Tage des Aprils das Patent angekündigt, welches den Reichsrath für Anfang Mai wieder zusammenruft. Das Patent ist indeß seither nicht erschienen, und man wird daraus den Schluß zu ziehen berechtigt sein, daß die Eröffnung der Session noch so nahe nicht bevorsteht. Wirklich wird versichert, daß die dem nächsten Reichsrath zu machenden Gesetzvorlagen, namentlich aus dem Ressort des Justizministeriums, noch nicht fertig geworden, und daß man es nicht für wünschenswerth halte, bei formell eröffneter Session aus Mangel an Stoff noch längere Zeit feiern zu müssen.

Das Statut für das lombardisch-venetianische Königreich, zu dessen Schlußberathungen Vertrauensmänner aus dem genannten Königreich zugezogen worden, ist gutem Vernehmen nach jetzt zu Ende berathen und wird unmittelbar dem Kaiser zur Sanktion vorgelegt werden können. Freilich ist damit über die Zeit der Einberufung eines lombardisch-venetianischen Landtags, der sich über die Beschickung des Reichsraths auszusprechen hätte, noch Nichts entschieden.

Italien.

* **Turin,** 6. Apr. Die Zeitungen bestätigen die Nachricht von der Abreise des Königs nach Florenz für nächsten Donnerstag. Se. Maj. wird von dem Präsidenten des Ministerraths begleitet werden, und einige Wochen in Florenz verweilen.

Frankreich.

♁ **Paris,** 7. Apr. Die Budgetkommission des Gesetzgeb. Körpers erhielt Mittheilung der von der Regierung geforderten Supplementarkredite für 1863. Die Ziffer dieser Kredite, welche Hr. v. Morny bekanntlich der Kammer nicht mittheilen wollte, beläuft sich auf 127 Mill. 337,902 Fr. In dieser Summe figurirt — für 1863 allein — die mexikanische Expedition mit 88 Millionen. Die Regierung spricht in der Begründung die Ueberzeugung aus, daß der größte Theil durch den Mehrertrag der gering veranschlagten indirekten Steuern werde gedeckt werden können. — Der Staatsrath hat den Gesetzentwurf wegen der algierischen Eisenbahnen beendet und wird derselbe Ende der Woche der Kammer vorgelegt werden. — Im Senat beginnen morgen die Diskussionen über die algierischen Petitionen; die, wie man erwartet, sehr lebhaften Debatten über das bekannte Senatskonsult wegen des Grundbesitzes der Araber in Algier werden darauf folgen. — Der Kaiser hielt heute nach 2 Uhr auf dem Longchamp des Boulogner Wäldchens Revue über mehrere Kavallerieregimenter ab, die Paris und Versailles verlassen; es waren 2 Kürassier- und 2 Lancierregimenter. — Ich glaube Ihnen gesagt zu haben, daß Hr. Charles Reybaud von der Redaktion des Tagesberichts des „Moniteurs" zurücktrat; der Gehalt seines Nachfolgers Hrn. Geffroy, Referendar im Staatsrath, wurde auf 24,000 Fr. erhöht. — Gelegentlich muß ein Schreibfehler berichtigt werden: Nicht Enesi, sondern Hr. Hennessy vom englischen Parlament wurde von dem Kaiser empfangen.

Der „France" zufolge wird am 19. bei Hrn. Carnot eine abermalige Versammlung stattfinden und zur definitiven Organisation des demokratischen Wahlkomitee's geschritten werden. Dieses Komitee wird in Permanenz sein und sein Mandat erst nach den Wahlen erlöschen. Die Freunde des Msgr. Dupanloup, Bischofs von Orleans, möchten ihn bewegen, als Kandidat für den Gesetzgebenden Körper aufzutreten. — Die feierliche Installirung des neuen Erzbischofs von Paris wird Dienstag den 14. Apr. stattfinden. — Es ist irrthümlich, wenn man sagte, daß Hr. Dufaure seine Kandidatur für die Akademie aufgab; er und Jules Janin kämpfen um den Stuhl Pasquier's. Dem Herkommen zufolge stellten Hr. Vitet, Direktor, und Villemain, ständiger Sekretär der Akademie, das neue akademische Mitglied, Hrn. Octave Feuillet, dem Kaiser vor. Nach lebhafter Beglückwünschung des neuen Akademikers fügte der Kaiser wörtlich bei: „Meine Herren, ich arbeite, um mich Ihrer würdig zu machen." Bei diesem Anlaß sprach Se. Majestät lange von den Arbeiten über das Leben Cäsar's, und da der Kaiser auf die Nachgrabungen zu sprechen kam, die er zu diesem Behuf auf verschiedenen Schlachtfeldern vornehmen ließ, äußerte Hr. Villemain lächelnd: „Es ist leichter und nicht so traurig, alte Schlachtfelder zu durchwühlen, als deren neue zu öffnen." — „Das ist wahr," erwiederte der Kaiser; „ich kenne nichts Schrecklicheres, als den Anblick eines Schlachtfeldes; es ist entsetzlich." — An der heutigen Börse fiel Rente um 10 C., der Cred. Mob. dagegen stieg um 20 Fr.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Apr. Ueber die am 30. März unterzeichnete allerh. Bekanntmachung für Holstein vom 30. März, die „selbständigere" Stellung Holsteins betr., bemerkt „Dagbl.":

Die legislative Aussonderung ist ganz durchgeführt, die Gemeinschaft in der Verwaltung etwas verändert, und die Gemeinschaft der Angelegenheiten etwas beschränkt, theils durch die Bildung einer holsteinischen Heeresabtheilung als Bundeskontingent und die Hinweisung der Ausgaben dazu an die speziellen holsteinischen Finanzen, theils durch die Ueberweisung der über das Normalbudget hinausgehenden lokalen holsteinischen Ausgaben in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten an die Stände. Von besonderer Wichtigkeit ist der Art. 5 der Bekanntmachung, welcher sofort in Kraft tritt, was mit den übrigen erst nach dem Schluß der Finanzperiode, den 1. April 1864, der Fall ist. Es wird nach demselben noch wiederum in die Hand der holsteinischen Stände gelegt, die bestehenden gemeinsamen Institutionen aufrecht zu erhalten, also namentlich die wichtige Zollgemeinschaft. Sie werden sich jedoch den Beschlüssen des Reichsraths stets nur anzuschließen haben, widrigenfalls auch auf diesem Gebiet eine Sonderung sofort eintreten würde, welche sie, wenn sie diese zu bewirken wünschen, dagegen in ihrer Hand haben. Die verheißene speziell holsteinische Verfassung wird jedoch ohne Zweifel bald den Ständen vorgelegt werden. Die Aufnahme dieser wichtigen Aktenstücke hier ist eine allgemein beistimmende, denn der Glaube an die Möglichkeit des Gesammtstaates hatte sich selbst bei Vielen Solcher verloren, welche prinzipiell daran festhielten. Das große Publikum wurde im Allgemeinen davon überrascht; kundige Politiker ahnten seit den Resultaten der Itzehoer Stände, daß Aehnliches bevorstünde.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 28. März. Die hiesige Adelsversammlung hat sich für die Zulassung aller Klassen in die neue Provinzialvertretung ausgesprochen und somit das Minoritätsgutachten, wornach der Bauernstand, weil „ungebildet", auszuschließen sei, verworfen. Indeß wurde doch für die Präponderanz des Adels noch hinlänglich gesorgt; außer den Virilstimmen, welche den Besitzern großer Güterkomplexe zustehen sollen, wird auch der übrige Adel seine Vertreter nach einer gewissen Kopfzahl wählen, während die Bauerngemeinden für je einen Bezirk, ohne Rücksicht auf die Bevölkerungszahl, einen Deputirten ernennen. Auch noch eine andere Konzession machte die Adelsversammlung sich selbst. Die Kommission hatte nämlich vorgeschlagen, der Präsident solle von der Versammlung gewählt werden, während nach dem Regierungsprojekt der jeweilige Adelsmarschall rechtmäßiger Präsident ist. Die Majorität stimmte letzterem Modus bei. Daß übrigens das Votum der hiesigen Adelsversammlung nicht ohne Einfluß auf die endgiltigen Beschlüsse der Regierung bleiben soll, geht schon daraus hervor, daß Hr. v. Waluiew, der Minister des Innern, seine definitiven Vorschläge über diese Angelegenheit, welche er vergangene Woche dem Reichsrath hätte unterbreiten sollen, bis nach Schluß der Adelsversammlung verschoben hat.

Warschau, 5. Apr. Am 31. v. M. ist den russischen Truppen ein Ukas publizirt worden, worin denselben das Morden, Rauben, Brandlegen, das Erschlagen Verwundeter und das Mißhandeln von Leichnamen bei Todesstrafe verboten wird. Auch sind wegen Insubordination strenge Strafen vollzogen worden.

Wie der „Dziennik" meldet, hat der Warschauer Zivilgouverneur von dem Direktor und Oberpräsidenten der Regierungskommission für innere Angelegenheiten ein Reskript vom 11. März folgenden Inhalts empfangen:

Der Staatssekretär beim Administrationsrathe benachrichtigt mich unter dem 23. Febr. (7. März), daß meine Vorlage, betreffend die Drohungen und gesetzwidrigen, eigenmächtigen Handlungen, die sich Landleute in einigen Gegenden des Landes gegen ruhige Gutsbesitzer und andere Einwohner erlauben, auf Verfügung Sr. Kais. Hoheit des Großfürsten-Statthalters dem Stabschef der im Königreich stehenden Truppen zum geeigneten Verfahren übersandt worden ist, und daß gemäß dem Ausspruche Sr. Kais. Hoheit die Zivilgouverneure, im Fall es die Nothwendigkeit erheischt, sich direkt um militärische Hilfe an die Ortsmilitärchefs wenden und mir die betreffenden Berichte einsenden sollen. Da auf diese Weise militärische Hilfe in sichere Aussicht gestellt ist, so hoffe ich, daß der Zivilgouverneur im Stande sein wird, die Bauern in den Grenzen der gebührenden Ordnung und Ruhe zu erhalten, und die Ortsbehörden anweisen wird, energisch und geeignet in dieser Hinsicht zu verfahren. In Anbetracht, daß im Fall der Nothwendigkeit, in irgend einer Gegend die Eigenmächtigkeit der Bauern zu zügeln, dadurch, daß man sich erst an den Zivilgouverneur mit dem Gesuche um Herbeischaffung der geeigneten militärischen Hilfe zu wenden hat, ein sehr nachtheiliger Aufschub verursacht wird, ermächtige ich hiermit den Kreischef, sich, sobald ihm ein derartiger dringender Fall vorkommt, nach reiflicher Ueberlegung sofort um Hilfe an den betreffenden Militärchef zu wenden und mir sofort davon Bericht zu erstatten. — Der Geh. Rath J. Laszczynsky. Der Kanzleichef Swietochowski.

Von der polnischen Grenze, 4. Apr. (Fr. P.-Ztg.) Die jüngsten Kämpfe bei Kazimierz, Konin, Plock und Gorczawo sind freilich nicht zu Gunsten der Aufständischen ausgefallen, aber auch die Russen haben keine Siege davongetragen; sie haben sich damit begnügen müssen, die Insurgenten auseinander zu sprengen, die sich aber bereits wieder in vermehrter Anzahl sammeln, da sie täglich Zuzüge aus dem Großherzogthum erhalten. Letzteres können preußische Truppen nicht hindern, da die Zuzügler überall bei den Landleuten polnischer Nationalität Aufenthalt, Pflege und Unterstützung finden. Das russische Militär ist noch immer sehr schwach; in Konin stehen nicht über 2000, in Kalisch

kaum 1000, und in Plock höchstens 800 Mann. Mielecki und Callier leben noch, sind aber doch bedenklich verwundet; an des Erstern Stelle kommandirt jetzt Malczewski die Aufständischen; seine Schar ist bereits wieder auf etwa 900 Mann, darunter ziemlich viele Kavallerie, angewachsen. Bei Plock hat in den letzten Tagen der Insurgentenführer Padlewski den Russen einen nicht unerheblichen Verlust beigebracht, da sie in der That etwa 150 Mann eingebüßt haben; er hat sich jetzt ziemlich nahe an die preußische Grenze gezogen. Ein Ende des grausamen Kampfes ist noch immer nicht abzusehen.

Krakau, 5. Apr. Der heutige „Czas" meldet: Im Olkuszer Bezirk fand ein kleines Gefecht statt, in Folge dessen eine Abtheilung Kosaken aufgerieben wurde. Im Krakauer Gubernium befindet sich eine neue, gut bewaffnete Insurgentenabtheilung unter Oberst Gregowicz. In ganz Litthauen werden die Russen durch kleine Insurgentenabtheilungen immerwährend beunruhigt und angegriffen. Die stärkste Macht der Aufständischen befindet sich im Zmudschischen. General Maidell rückte von Kowno nach Polangen. In Kowno wurde derselbe durch General Lichaczeff ersetzt. In der Gegend bei Wilna haben die Russen 70 zu den Aufständischen übergehende Jünglinge und Handwerker nach verzweifelter Gegenwehr gänzlich aufgerieben, dabei zwei Mädchen getödtet und den Güterhof verbrannt. In Kowno wurde der Insurgentenführer Korena von den Russen erschossen.

Krakau, 5. Apr., Nachmittags. Ein Insurgententrupp — angeblich 2000 Mann stark — soll einen Grenzposten von 12 Kosaken in Szklany überfallen haben. Zehn Kosaken zu Pferd entkamen, zwei zu Fuß sollen erschlagen worden sein. Gestern fanden um Olkusz und Skala Zusammenziehungen russischer Truppen statt, um jenen Insurgententrupp anzugreifen. Heute um 10 Uhr Vormittags hörte man in Krakau von der Grenze her deutlich heftiges Kleingewehrfeuer, welches nach einer Stunde endete. Am Schluß hörte man vier Kanonenschüsse. Die Nachricht des heutigen „Czas", daß gestern Abends 6 entwaffnete russische Soldaten nach Krakau gebracht wurden, ist unwahr.

Krakau, 6. Apr. In Folge des vorgestern erfolgten Ueberfalls des russischen Grenzpostens Szaklany durch die Insurgenten wurden diese gestern früh durch russische Infanterie angegriffen und 18 Verwundete und 35 Insurgenten mit 19 Pferden nach Kobylony im Krakauer Gebiet gedrängt. Die Russen zogen sich zurück; an der Grenze lagerten noch etwa 200 Insurgenten, worunter 40 berittene.

Der Privatdiener des k. k Generalmajors Baron Dobrzenski wurde gestern Abend in der Slawkowergasse überfallen, durch zwei Messerstiche verwundet und seiner Barschaft beraubt. Die Thäter sind festgenommen.

Lemberg, 6. Apr. Laut Privatnachrichten sind in Kiew drei russische Offiziere erschossen worden. In den Provinzen des eigentlichen Rußlands soll große Aufregung herrschen. Die Division des Generals Rzewuski wird in Eilmärschen aus Volhynien ins innere Rußland dirigirt.

Von der Ostsee. Die „Opin. Nat." erstattet Bericht über die Expedition nach Polen, die von England ausgegangen ist. Dieselbe verließ am 21. März London und schiffte sich in Southampton auf dem Dampfer „Ward Jackson" ein, der der Londoner West-Hartlepool-Dampfschifffahrts-Gesellschaft gehört; Kapitän des Schiffes war Walherley. Die polnische Legion bestand aus 158 Mann, darunter 28 Offiziere: Magnuski für die Infanterie, Tyszkiewicz für die Kavallerie, Ballance, ein junger Franzose, für die Artillerie. Am 25. März warf der Dampfer im schwedischen Hafen Helsingborg Anker; hier stieß Bakunin zu der Expedition. Zugleich erfuhr man hier, daß man in Petersburg bereits Wind von dem Unternehmen erhalten habe. Man beschloß daher, zuerst Emissäre vorauszuschicken und mit Vorsicht voran zu gehen. Indeß verlor der Kapitän den Muth, und als die Expedition nach Kopenhagen kam, ging er an's Land und trat mit seinen Matrosen in geheime Unterhandlung, so daß die ganze Mannschaft abrückte. Die Expedition bat den Kapitän nun, sie wenigstens nach Malmö auf schwedisches Gebiet zu führen, während Bakunin zum englischen Gesandten eilte, um Beschwerde zu führen. Zugleich trat man mit dem Agenten C. K. Hanxen in Verhandlung. Dieser stellte Matrosen und brachte die Expedition nach Malmö, wo sie mit Jubel von der Bevölkerung begrüßt wurde. Hier sitzt sie nun; sie ist jedoch, wie die „Opin. Nat." hinzusetzt, nur verzögert, doch nicht gefährdet. In Kopenhagen erfuhr Bakunin, daß die Londoner Gesellschaft, die das Dampfschiff stellte, zugleich Lieferungen für die russische Marine übernommen hat und in Kopenhagen eine russische Fregatte erwartete, für die sie Lebensmittel-Lieferungen stellen sollte. Die Londoner Gesellschaft scheint nun doppeltes Spiel gespielt zu haben und die Expedition, an deren Spitze Lapinski und Bakunin stehen, übel bedient zu haben.

Großbritannien.

* **London,** 6. Apr. Es freut uns, daß der „Spectator", der in der Regel die deutschen Angelegenheiten durch französisch gefärbte Brillen zu betrachten pflegt, in der schleswig-holsteinischen Sache diesmal eine Anwandlung von Billigkeit und Unparteilichkeit hat. Es ist nur eine kurze Notiz in seiner Wochenchronik, was er über das neueste dänische Ereigniß bringt; doch enthält diese Notiz einige Zeilen, in denen sich eine ganz andere Ansicht kund gibt, als die der Times, Post, des Herald, Standard und der andern orthodox-dänischen Zeitungen. Er sagt nämlich von der Proklamation des Königs: „Sie wird die Deutschen weder zufriedenstellen, noch ihnen den Boden unter den Füßen wegziehen; sie ist eine Verletzung des angeblichen Versprechens, daß Schleswig und Holstein in ihren Schicksalen stets zusammen gehen sollen, — eines Versprechens, welches dem deutschen Bundestage immerhin erlauben würde, in dieser Angelegenheit einzuschreiten."

Merkwürdiger Weise haben „Times" und „Globe", zwei Blätter, die der Regierung wenigstens eben so nahe stehen wie die „Post", der dänischen Poklamation, die nun schon mehrere Tage alt ist, noch mit keiner Sylbe Erwähnung gethan. Die „Times" druckt erst heute den Wortlaut der Proklamation ab und bringt eine Korrespondenz aus Kopenhagen, die das gewöhnliche deutschfeindliche Gefasel, aber nichts Bemerkenswerthes enthält.

Da auf gestern Nachmittag ein Polenmeeting im Hyde-Park angekündigt worden war, so versammelten sich daselbst zwischen 2 und 3 Uhr über 2000 wohlgekleidete Personen, welche Menge immer mehr anwuchs, und zumal, als sich eine beträchtliche Anzahl von Ausländern, Polen, Franzosen, Italienern, hinzugesellte. Es sollte gerade der Vorsitzende gewählt werden, als ein Polizeiinspektor in Begleitung mehrerer Constabler erschien und in höflicher, aber fester Weise erklärte, daß die Abhaltung von Meetings in den Parks verboten sei, und daß er Jeden, der ein solches zu eröffnen versuchen werde, verhaften müsse. Nach vergeblichen Unterhandlungen mit der unerbittlichen Polizei zogen sich die Urheber der Versammlung zurück. Die Menge war allmälig bis auf 20,000 Menschen angewachsen und gab große Unzufriedenheit mit den Anordnungen der Polizei kund; doch wurde kein Versuch zu irgend welcher Störung der Ruhe gemacht. Die Constabler thaten ihre Schuldigkeit mit großer Geduld und in guter Laune. (Seit den bei den vorjährigen Garibaldi-Meetings vorgefallenen Tumulten ist es gänzlich verboten, in den Parks öffentliche Versammlungen zu veranstalten.)

Der Redakteur des „Kolokol" theilt in „Daily-News" mit, daß drei Ballen Charpie, die von Pariser Damen den Polen zugeschickt worden, in Preußen als Kriegscontrebande konfiszirt worden seien.

Amerika.

* **Neu-York,** 26. März. (Per „Australasian".) Die in den jüngsten Tagen einlaufenden Nachrichten über die Yazoo-Expedition ließen wegen ihrer theilweisen Widersprüche das Publikum im Unklaren über die erzielten Erfolge. Die letzten Berichte von Cairo melden, daß sieben Dampfer der Flotte des Commodore Farragut die Blokade von Port Hudson durchbrochen haben. Der „Hartford" (Flaggenschiff) und ein anderes Schiff befanden sich an dem Vicksburger Kanal, und die übrigen an der Mündung des Red River. Ein Kanonenboot war den Yazoo-Fluß hinauf bis oberhalb Haines Bluff vorgedrungen. Eine amtliche Mittheilung sagt, daß die Flotte des Commodore Porter, bestehend aus fünf Panzerschiffen, Deer Creek passirt und ohne Zweifel den Yazoo-Fluß erreicht habe. Farragut hatte sich mit Porter in Verbindung gesetzt. Daß der Dampfer „Mississippi" verbrannt sei, bestätigt sich. Das „Philadelphia-Bulletin" veröffentlicht eine Depesche von Fort-Pemberton, daß eine Batterie der Unionisten bei Greenwood (nahe bei dem Zusammenfluß des Yallabusha und des Tallahatchie) demontirt sei, und daß die Unionisten die Defensive eingenommen. Quinby's Division war jedoch auf dem Cold-Water-Fluß, und es stand zu erwarten, daß sie Greenwood binnen zwei Tagen erreichen und die Unionisten an jenem Punkte verstärken würde. — Die Befürchtungen der Unionisten vor einer Ueberschwemmung ihres Lagers vor Vicksburg haben sich gelegt, indem der Fluß im Fallen begriffen ist. Die Mündung des Kanals beim Lake Providence ist 20 Fuß breit, und das Wasser strömt mit großer Macht herein, so daß ein Theil der an diesem See liegenden Stadt überschwemmt worden ist. Banks' Armee hatte sich den feindlichen Werken auf fünf Meilen genähert, doch ist es außer einigen Reiterscharmützeln noch nicht zu einem Gefecht gekommen.

Entlang der Fronte der Unionsarmee bei Murfreesborough finden kleine Gefechte statt. Eine bedeutende südliche Truppenabtheilung soll in Hawkins County, Tennessee, lagern, und einen Streifzug in Kentucky hinein beabsichtigen. Sie haben Mount Sterling an der Grenze von Kentucky eingenommen und verbrannt; 200 Unionisten hatten sich ihnen übergeben. General Rosenkranz berichtet offiziell, daß Hall's Brigade auf acht bis zehn Kavallerieregimenter der Rebellen unter den Generalen Morgan und Breckinridge traf und ihnen bei Walton eine Niederlage beibrachte. Man erwartete, daß auf südstaatlicher Seite der General Joe Johnston persönlich den Oberbefehl über die dem General Rosenkranz gegenüberstehenden Truppen übernehmen würde. — Die Richmonder Blätter nehmen an, daß General Hooker die Südlichen auf dem alten Schlachtfelde bei Fredericksburg anzugreifen gedenke, während ein großer Theil seiner Armee den Rappahannock oberhalb überschreiten und dem General Lee in den Rücken fallen würde. Wenn Lee sich dann nicht halten könne, so würde er sich näher nach Richmond zurückziehen. Die Zeitungen drängen sehr darauf, daß die Regierung des Südbundes auf die in schlechtem Zustande befindlichen Eisenbahnen ihr Augenmerk richte, da die Südlichen ohne die Eisenbahnen manchen werthvollen Bezirk aufzugeben sich gezwungen sehen würden. Die Südstaatlichen in Vicksburg sollen fast ausschließlich von Mais leben. — Die Unionsarmee soll vom Beginn des Krieges an 130,000 Mann durch Desertion verloren haben. General Burnside ist in Cincinnati angekommen und wird im Ohiodepartement befehligen.

Die arbeitenden Klassen in Neu-York sind in großer Aufregung und suchen höhere Löhne zu erzwingen. Ein demokratisches Meeting sprach sich gegen die Kriegspolitik der Regierung aus und erklärte John van Buren und James Brady als Abtrünnige, da Jeder, der diese Kriegspolitik unterstütze, aufhöre, ein Demokrat zu sein und zu den Abolitionisten gehöre; Loyalität sei ein monarchischer Begriff und in republikanische Wörterbücher nicht aufgenommen. In den letzten zehn Tagen sind 5 Mill. Doll. gesetzlicher Währung in 5 20prozentige Bons konvertirt worden. Es heißt, die Regierung beziehe täglich aus verschiedenen Quellen gegen 2½ Mill. Doll., mit welchem Betrage die täglichen Ausgaben für den Krieg bestritten würden. — Die Legislatur von Neu-Jersey hat mit 33 gegen 19 Stimmen ein Gesetz angenommen, daß jeder freie Neger, der von jetzt an den Boden des Staates betrete und sich über zehn Tage daselbst aufhalte, verhaftet und transportirt werden solle. — Die Regierung hat befohlen, alle im Besitze der Einwohner von Indiana befindlichen Waffen in Beschlag zu nehmen, und hat den öffentlichen Verkauf von Waffen in Cincinnati verboten. Die Rebellen verbrennen die Baumwollvorräthe auf den Plantagen, sobald die Unionstruppen vorrücken. Sie steckten ein Schiff mit 3000 Ballen Baumwolle, welches von den Föderalisten bedroht war, in Brand.

Baden.

* Aus dem Mittelrheinkreis, 6. Apr. Nach Nr. VI des Verordnungsblattes des großh. Oberschulrathes hat der verstorbene Postsekretär M. Haub in Heidelberg zur Unterstützung dortiger katholischer Lyceisten eine Stiftung im Werth von 872 fl. 24 kr. gemacht, und wurde die kathol. Bezirks-Schulvisitatur Engen dem Dekan Pfarrer Majer in Kirchen, die evangel. Bezirks-Schulvisitatur Lahr dem dasigen Stadtpfarrer Wagner, und die evangel. Bezirks-Schulvisitatur Adelsheim dem Pfarrer Spath in Bofsheim, künftig in Adelsheim, übertragen.

△ Mannheim, 6. Apr. Unter den Gästen von Auszeichnung, welche unsere Stadt über die Ostertage beherbergte, zählt auch E. Geibel. Der vielgeschätzte Dichter befand sich (wie bereits erwähnt) hier, um mit Hrn. Bruch, dem Komponisten seines Operntextes „Loreley", Besprechung zu halten, und ist bereits zu einem Landaufenthalte rheinabwärts abgereist. Die Oper des jungen Komponisten wird eifrig einstudirt und dürfte in naher Zeit zur Ausführung kommen. Man ist auf dieselbe in musikalischen Kreisen sehr gespannt; — auch als Klavierspieler hat der Tonsetzer im gestrigen Osterkonzerte reichen und wohlverdienten Beifall erhalten. Auch sonst brachte dieses zum Besten des Theater-Pensionsfonds veranstaltete Konzert viel Bedeutsames, so Schumann's „Pilgerfahrt der Rose", ein Tonwerk reich an lebendigen, frischen Chören und bedeutenden Einzelgesängen, dann Beethoven's Ouverture zu König Stephan u. s. f. Einigen Widerspruch fand bei einem Theil der Zuhörer die Frage der Paßlichkeit der mit dem Konzerte verbundenen lebenden Bilder aus biblischem Stoffe (die Erweckung der Tochter des Jairus nach Schrandolph, Spasimo nach Raphael, Kreuzabnahme nach Achtermann, und Grablegung nach Schnorr). Ohne uns eine Entscheidung über die künstlerische Berechtigung der Verpflanzung oberammergauischer Reminiszenzen auf Hofbühnen anzumaßen, glauben wir doch bemerken zu sollen, daß es nicht ohne Verdienst sei, durch szenische Nachahmung künstlerisch bedeutsame Darstellungen erhabener Momente zum geistigen Eigenthum einer größern Menge zu machen. — Heute schließt die Ausstellung von Farbenskizzen und Gemälden von Rottmann, Wallis, Fohr u. A. aus dem Nachlasse des letztgenannten Künstlers. Derselben hat der junge talentvolle Bildhauer Meister eine Anzahl Statuetten badischer Fürsten angefügt, deren Ausführung alle Anerkennung verdient, während die Komposition, namentlich der Markgrafen Bernhard und Georg, als sehr bedeutend bezeichnet werden muß.

Vermischte Nachrichten.

— Wörth, 4. Apr. Man schreibt der „Pfälz. Ztg.": An unserer Bahnlinie wird jetzt rüstig gearbeitet, nachdem ein kleiner Arbeiterkrawall wegen des bisherigen Taglohns (36 kr.) beigelegt ist. Doch ist unsere Hoffnung, die Strecke schon bis August eröffnet zu sehen, nichtig, da auf der Linie Winden-Kandel wegen der schwebenden Expropriationsprozesse mit dem Bau noch nicht begonnen werden konnte.

— Kassel, 4. Apr. Die „Kassel. Ztg." enthält die Ernennung des Dr. Ludwig Lemcke von Braunschweig zum außerordentlichen Professor der neuern Sprachen und Literatur in Marburg an des nach Leipzig gegangenen Ebert Stelle.

— Bremen, 4. Apr. (Wes.-Ztg.) Die aus dem provisorischen Zentralkomitee für das deutsche Schützenfest gebildeten Subkomitees haben ihre Wirksamkeit in den ihnen zugewiesenen Branchen bereits begonnen und sind namentlich darauf bedacht, ihre Kräfte durch Hinzuziehung geeigneter Persönlichkeiten zu verstärken. So hat auch das Preßkomitee, dessen Wirkungskreis ein sehr umfangreicher zu werden verspricht, sich auf sechs Mitglieder verstärkt und ist augenblicklich dabei, sich dasjenige Material zu verschaffen, das ihm für die Organisation der das Fest betreffenden Preßverhältnisse von Nutzen sein kann.

— Berlin, 5. Apr. Die Feudalen im Ravensbergischen hatten zum 1. Apr. auch eine Deputation westphälischer Kolonnen nach Berlin geschickt, damit am Geburtsfeste des Hrn. Ministerpräsidenten alle Stände als Gratulanten vertreten seien. Von der Audienz dieser Landleute bei Hrn. v. Bismarck erzählt die feudale Korrespondenz folgende Anekdote: Einer der Kolonnen fragte, ob der Minister die Bären selbst geschossen, deren mächtige Felle — drei an der Zahl — das Arbeitszimmer des Ministers zieren. Dieser antwortete, daß er fünf erlegt, zwei Felle aber verschenkt habe. „Wenn Euer Excellenz," sagte der Westfale, „mit solchen Beestern fertig geworden sind, werden Sie sicher auch nicht vor den Demokraten zurückweichen." Der Minister lachte herzlich und erwiederte: „Gewiß nicht! Sagen Sie Ihren Kommittenten, daß sie sich darauf verlassen können, ich werde nicht von meinem Posten weichen, bis mein Herr und König mich selbst gehen heißt!"

— Breslau, 2. Apr. Gestern gab die Vorstellung des „Königsleutnants" zu einer politischen Demonstration Gelegenheit. Der französische Königsleutnant hat den Deutschen zwar in gebrochenem, aber doch sehr verständlichem Deutsch die bittere Wahrheit zu sagen: „Die Deutschen sind sehr brave, vortreffliche Leut', aber ihre Politik ist erbärmlich." Bei diesen Worten brach in dem gefüllten Hause ein solcher Beifallssturm aus, daß auf der Bühne eine längere Pause gemacht werden mußte.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 9. Apr. 2. Quartal. 44. Abonnementsvorstellung. **Der Barbier von Sevilla;** komische Oper in 2 Akten, von Rossini.

Freitag 10. Apr. 2. Quartal. 45. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: **Rosenmüller und Finke;** Lustspiel in 5 Akten, von Dr. Töpfer. „Thimotheus Bloom" — Hr. Theodor Löwe zum ersten Debut. Anfang 6½ Uhr.

Sonntag 12. März. 2. Quartal. 46. Abonnementsvorstellung. **Robert der Teufel;** große Oper in 5 Akten, von Meyerbeer. „Alice" — Frln. Zirndorfer, vom Stadttheater in Breslau, als erste Gastrolle. Anfang 6 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.v.326. Karlsruhe.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Ettlingen.

Dienstag den 12. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr,

findet die ordentliche Generalversammlung unserer Gesellschaft dahier statt, wozu die Besitzer der in den Gewährbüchern der Gesellschaft auf Namen eingetragenen Aktien und Obligationen hierdurch eingeladen werden.

Die Vorzeigung der Dokumente, welche nach §. 3 der Geschäftsordnung zum Besuche der Versammlung nöthig ist, hat vor Eröffnung der Generalversammlung zu geschehen, und zwar im Lokale des **„Museums“**, woselbst auch die Generalversammlung abgehalten wird.

Karlsruhe, den 7. April 1863.

Der Vorstand des Ausschusses:
Max v. Haber.

Z.v.331. Karlsruhe.

Meine Rückkehr von meiner Pariser Einkaufsreise erlaube ich mir hiermit ergebenst anzuzeigen.

Henriette Bühler,
Modehandlung,
Lange Straße Nr. 50, Eck der Adlerstraße.

Z.v.255.b Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Der Sommerkursus des **Karlsruher Lyceums** beginnt mit dem **13. April.** Die Anmeldungen neuer Schüler, welche Tauf- und Impfscheine vorzuweisen haben, geschehen an demselben Tage Morgens von 8—10 Uhr im Ansprachzimmer des Direktors.

Karlsruhe, den 4. April 1863.

Direktion des großherzoglichen Lyceums.

Z.v.329. Wildbad, Württemberg.

Musiker-Gesuch.

Zum 1. Mai werden zu einem Bade-Orchester gesucht

1 Erster Cornet à Piston Bläser,
1 Violoncellist.

Guter Verdienst wird zugesichert.
Nur gute Musiker werden berücksichtigt.
Frankirte Briefe, mit Zeugnissen versehen, befördert

W. Kühner,
Kapellmeister in Wildbad, Württemberg.

Z.v.300. Schapbach (Kinzigthal).

Echten Schwarzwälder Wachholder- und Heidelbeergeist pr. badische Maß à 1 fl. 12 kr. bei

Valerian Armbruster Söhne
in **Schapbach** (Kinzigthal).

Z.v.318. Karlsruhe.

Hausversteigerung.

Aus Auftrag des Herrn Hofraths Weltzien in Karlsruhe wird durch den Unterzeichneten am

Montag den 20. d. M.,
Nachmittags 3 Uhr,

das Haus Nr. 72 der Stephanienstraße, neben Freiherrn v. Baumbach und Frau Partikulier Marx Wittwe, mit Chaisenremise, Stallung für 3 Pferde, Geflügelhof, gewölbten Kellern und ½ Morgen Garten, öffentlich versteigert.

Die Versteigerung findet in meinem Geschäftszimmer — Vorderer Zirkel Nr. 15 — statt, und können die Bedingungen bei mir eingesehen werden.

Karlsruhe, den 4. April 1863.

Notar **Grimmer.**

Z.v.327. Karlsruhe.

Wirthschaftsverpachtung.

Die Gastwirthschaft „Zum Rheinbad“ auf dem Gute Maximiliansau bei Knielingen soll mit den auf herrschaftliche Kosten herzustellenden 30 neuen Badkabinetten auf 6 Jahre, vom 1. Mai d. J. an, aus der Hand verpachtet werden.

Die hiezu Lusttragenden werden ersucht, ihre Pachtangebote unter Anschluß ihrer Zeugnisse über Vermögen, Leumund und Geschäftsbefähigung auf dem Bureau der unterzeichneten Kasse, woselbst die Bedingungen einzusehen sind, abzugeben.

Karlsruhe, den 7. April 1863.

Markgräfliche Hauptkasse.

Z.v.333. Nr. 721. Meersburg.

Weinversteigerung.

Am Donnerstag den 16. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, werden in der großh. Kellerei dahier verschiedene reingehaltene Weine aus den Jahrgängen 1856, 1857, 1859, 1861 und 1862 — im Ganzen 40 bis 45 verschiedene Sorten — nebst 27 Ohm Weinhefe, 160 Pfund Weinstein und 40 Pfund Floß öffentlich versteigert; was mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß auch nach der Versteigerung und zu jeder Zeit Weine um den Anschlag und gegen Baarzahlung abgegeben werden.

Weinbestellungen und Geldsendungen sind franko an die unterzeichnete Stelle zu richten; Preisverzeichnisse werden auf Verlangen jeder Zeit abgegeben.

Meersburg, den 4. April 1863.

Großh. bad. Domänenverwaltung.
Kreutz.

Z.v.258. Kandern.

Wohnungs-Vermiethung.

Die Vermiethung des obern Stocks im Verwaltungshause in Oberweiler, nicht möblirt, bestehend in 5 Zimmern, Küche, Keller, Speicher, Holzremise und kleinem Blumen- und Gemüsegarten — Alles in sehr schöner, gesunder Lage in der unmittelbaren Nähe von Badenweiler, soll im Wege der Soumission geschehen und werden bezügliche Angebote bis zum 1. Mai d. J. bei der Hüttenverwaltung Kandern angenommen, wo auch jede Auskunft ertheilt wird.

Kandern, den 2. April 1863.

Großh. bad. Hüttenverwaltung.
Kümmich.

Z.v.302. Emmendingen. (Holzversteigerung.) Bis Dienstag den 14. April d. J. versteigern wir aus den diesseitigen Domänenwaldungen,

Distrikt Aspenwald bei Lundeck,

nachstehende Hölzer gegen baare Bezahlung vor der Abfuhr:

4 Stämme Eichen, Nutzholz, 1 Kirschbaumklotz, 13 Klftr. buchenes, 5 Klftr. gemischtes Scheitholz, 5 Klftr. buchenes, 20 Klftr. gemischtes Prügelholz, 1200 Stück buchene und 800 Stück gemischte Wellen.

Zusammenkunft früh 9 Uhr im Schlage unweit der Ottoschwander Straße.

Emmendingen, den 4. April 1863.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Fischer.

Z.v.332. Nr. 212. Staufen. (Holzversteigerung.) Aus den diesseitigen Domänenwaldungen der Untermünsterthaler Gemarkung werden die nachstehenden Holzsortimente mit halbjähriger Borgfrist öffentlich versteigert, „Glasersgrund“,

Donnerstag den 23. April l. J.:

8 tannene Baustämme, 2 tannene Sägklötze, 72½ Klafter buchenes Scheit- und Klotzholz, 25½ Klafter tannenes Klotzholz, 34½ Klafter buchene und 4 Klafter tannene Prügel, 1075 buchene und 700 tannene Wellen.

Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr beim Holzplatz im „Glasersgrund“, bei ungünstiger Witterung in der Neumühle in Untermünsterthal.

Staufen, den 6. April 1863.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Meel.

Z.u.840. Nr. 1516. Wolfach. (Schuldenliquidation.) Gegen Kaufmann Joseph Mayer von Wolfach ist Gant erkannt, und Tagfahrt zum Richtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf

Freitag den 8. Mai 1863,
Vormittags 9 Uhr,

auf diesseitiger Amtskanzlei festgesetzt, wo alle Diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Masse zu machen gedenken, solche, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte, welche sie geltend machen wollen, zu bezeichnen haben, und zwar mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln. Gläubiger, welche im Auslande wohnen, haben mit ihrer Anmeldung einen im Orte des Gerichts wohnenden Einhändigungsgewalthaber in öffentlicher Urkunde aufzustellen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen oder Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie ihnen eröffnet oder eingehändigt worden wären, nur an dem Sitzungsorte des Gerichts angeschlagen werden. Zugleich werden in der Tagfahrt ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, Borg- und Nachlaßvergleiche versucht, und sollen in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerausschusses die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.

Wolfach, den 29. März 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Feyerlin. vdt. Mackert.

Z.u.836. Nr. 1352. Meersburg. (Gantausschlußerkenntniß.)

Die Gant des Johann Seeger von Immenstaad betr.

Diejenigen, welche ihre Ansprüche in der heutigen Tagfahrt nicht angemeldet haben, werden hiemit von der Masse ausgeschlossen.

Meersburg, den 31. März 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Speer.

Z.u.838. Nr. 3798. Rastatt. (Ausschlußerkenntniß.) In Sachen mehrerer Gläubiger gegen die Gantmasse der Lorenz Heck'schen Hinterlassenschaft von Würmersheim, wegen Forderung und Vorzugsrecht betr., werden die Gläubiger, welche die Anmeldung ihrer Ansprüche heute unterlassen haben, damit von der Masse ausgeschlossen.

Rastatt, am 27. März 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Kärcher.

Z.u. 850. Nr. 3024. Bretten. (Versäumungserkenntniß.) Da innerhalb der in der diesseitigen Aufforderung vom 23. Dezbr. 1862, Nr. 10,974, anberaumten Frist keine Ansprüche an die zur Verlassenschaft des am 23. April 1846 zu Diedelsheim verstorbenen Landwirths Philipp Martin Dittes gehörenden 2 Vrtl. 5 Ruthen Acker, Gewann Seeberg, von Seiten unbekannter etwa Berechtigten erhoben wurden, so werden derartige Ansprüche hiermit für erloschen erklärt.

Bretten, den 26. März 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Hepp.

Z.u.849. Nr. 3041. Bretten. (Aufforderung.) Der Konrad Löhle von hier, welcher sich schon seit vielen Jahren in Amerika befinden, aber seit 12 Jahren keine Nachricht mehr von sich gegeben haben soll, wird hiermit aufgefordert,

binnen Jahresfrist

sich dahier zur Empfangnahme seines mütterlichen Vermögens zu melden, widrigenfalls er für verschollen erklärt und dieses Vermögen seinen nächsten Anverwandten gegen Sicherheitsleistung in fürsorglichen Besitz gegeben werden wird.

Bretten, den 1. April 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.
Flad.

Z.u.851. Nr. 4187. Emmendingen. (Aufforderung.) Christian Gutjahr von Serau ist vor 10 Jahren nach Amerika ausgewandert und ist seither keine Nachricht mehr über ihn eingetroffen.

Derselbe wird nunmehr aufgefordert, von seinem Aufenthaltsort

binnen Jahresfrist

anher Kenntniß zu geben, widrigenfalls er für verschollen erklärt und sein Vermögen seinen nächsten Anverwandten auf deren Antrag in fürsorglichen Besitz gegeben würde.

Emmendingen, den 1. April 1863.

Großh. bad. Oberamt.
v. Feder.

Z.u.800. Nr. 4969. Pforzheim. (Aufforderung.) Schuhmacher Christian Mößner von Brötzingen wird aufgefordert, seinen derzeitigen Aufenthaltsort

innerhalb Jahresfrist

bekannt zu machen, widrigenfalls er für verschollen erklärt und sein Vermögen den nächsten Anverwandten in fürsorglichen Besitz gegeben werden wird.

Pforzheim, den 28. März 1863.

Großh. bad. Oberamt.
C. Winter.

Z.u.856. Nr. 2799. Freiburg. (Erbvorladung.) Zur Erbtheilung der am 25. Dezember 1862 gestorbenen Wittwe des Johann Schuler, Webers, Maria Anna, geborne Eckmann, zu Littenweiler, ist der Sohn Lorenz Schuler, 40 Jahre alt, berufen. Derselbe wird, da sein Aufenthalt unbekannt ist, aufgefordert, zur Empfangnahme des Erbes

binnen drei Monaten

bei unterzeichneter Stelle sich anzumelden, da sonst der Nachlaß ausschließlich auf Diejenigen fällt, mit welchen er die Erbschaft zu theilen gehabt haben würde, oder die dazu gelangt sein würden, wenn der Vorgeladene nicht am Leben gewesen wäre.

Freiburg, am 30. März 1863.

Großh. bad. Landamtsrevisorat.
Aberle.

Z.u.848. Nr. 1544. Triberg. (Erbvorladung.) Zur Verlassenschaftstheilung und Eröffnung des letzten Willens der Maria Magdalena Raith, Ehefrau des Bürgers und Fabrikarbeiters Johann Ludwig Mosetter von Hornberg, werden die abwesenden Kinder derselben, Friederike Charlotte Schondelmaier und Jakob Friedrich Raith von hier, oder deren etwaige Rechtsnachfolger, mit Frist

von drei Monaten

anher vorgeladen, widrigenfalls die Verlassenschaftsverhandlung gepflogen werden würde, als wären sie, die Vorgeladenen, zur Zeit dieser Erbschaftseröffnung gar nicht am Leben gewesen.

Triberg, den 4. April 1863.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Vollhard.

Der Distriktsnotar:
Ed. Beitenheimer.

Z.u.835. Nr. 4505. Sulz im Amtsbezirk Lahr. (Erbvorladung.) Ludwig, Lorenz und Karl Haller, welche vor mehreren Jahren nach Amerika ausgewandert sind, sind zur Erbschaft ihres verlebten Vaters Jakob Haller von Sulz kraft Gesetzes berufen.

Da deren Aufenthalt zur Zeit unbekannt ist, so werden sie hiermit aufgefordert,

binnen 3 Monaten

sich persönlich oder durch Bevollmächtigte bei der unterzeichneten Stelle zu melden, widrigenfalls die Erbschaft lediglich Denjenigen würde zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn sie, die Vorgeladenen, zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Lahr, am 1. April 1863.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Fingado.

Z.u.855. Nr. 2067. Krautheim. (Erbvorladung.) Dem Joseph Anton Lutz von Berolzheim, zur Zeit in Amerika, unbekannt wo, sich aufhaltend, wurde von seiner verstorbenen Tante, Franz Anton Ansmann's Wittwe, Elisabetha, geborne Pfeil, von Assamstadt mit seinen andern 4 Geschwistern ein Vermächtniß von 10 fl. gemacht. Derselbe wird daher zur Empfangnahme desselben mit dem Bedeuten öffentlich vorgeladen, daß, wenn er

innerhalb drei Monaten

hiezu nicht erscheint, solches lediglich Denjenigen werde zugetheilt werden, denen es zukäme, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Vermächtnißanfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Krautheim, am 31. März 1863.

Großh bad. Amtsrevisorat.
Schleinkofer.
Meirner, Notar.

Z.u.853. Nr. 1802. Blumenfeld. (Aufforderung und Fahndung.) Jakob Graf von Duchtlingen ist einer Unterschlagung zum Nachtheile seines Dienstherrn Ambros Sauter (auf dem Homboll), im Betrage von 49 fl. 12 kr., angeschuldigt.

Da sein Aufenthalt unbekannt ist, so wird er auf diesem Wege aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden.

Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt, und seinen etwaigen Schuldnern aufgegeben, bis zu erfolgender weiterer diesseitiger Verfügung bei Vermeidung doppelter Zahlung ihre Schulden nicht heimzuzahlen.

Endlich bitten wir, auf Graf zu fahnden, und ihn auf Betreten anher abzuliefern.

Blumenfeld, den 6. April 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
H. Schmidt.
Z. Begl.: Hotz, A. j.

Z.u.820. Nr. 2514. Ettenheim. (Straferkenntniß.) Hautboist Karl Kupfer von Kippenheim leistete der diesseitigen öffentlichen Aufforderung vom 27. Februar d. J., Nr. 1658, nicht Folge. Er wird deßhalb des großh. badischen Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und unter Kostenverfällung in die gesetzliche Desertionsvermögensbuße von 1200 fl. hiermit verurtheilt.

Ettenheim, den 31. März 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.
Pfister.

Z.u.795. Nr. 4540. Bühl. (Straferkenntniß.) Da Joseph Benkesser von Lauf, Florentin Schaufler von Bühlerthal, und August Schneider von Bühl der Aufforderung vom 9. v. M., Nr. 1891, nicht nachgekommen sind, werden dieselben des badischen Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und Jeder als Refraktär in eine Geldstrafe von 800 fl., sowie unter sammtverbindlicher Haftbarkeit in ein Drittel der Kosten verfällt.

Bühl, den 28. März 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.
Stigler.
vdt. Graf.

Z.u.763. Nr. 3559. Radolfzell. (Bekanntmachung.) Heute ist unter O.Z. 11 in das Firmenregister eingetragen worden:

Die Firma Sigmund Ackermann in Böhringen; Inhaber derselben Sigmund Ackermann, Kaufmann in Böhringen. Ehevertrag, d. d. Radolfzell den 24. April 1860, mit Viktoria Mühlbach von Böhringen, wornach die Gütergemeinschaft mit der Bestimmung bedungen wurde, daß jeder Theil in dieselbe 50 fl. einwerfe, alles übrige Vermögen aber davon ausgeschlossen sein soll.

Radolfzell, den 18. März 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dietsche.

V.27. Nr. 3090. Konstanz. (Bekanntmachung.) In das Firmenregister wurde heute eingetragen der Ehevertrag des Kaufmanns Heinrich Waliher von Konstanz mit Mathilde Bertsche von Eßlingen, d. d. Konstanz den 9. Juli 1860, wonach von jedem Theil der Betrag von 50 fl. in die Gemeinschaft eingeworfen, alles übrige Aktiv- und Passiv-Vermögen aber von der Gemeinschaft ausgeschlossen wurde.

Konstanz, den 31. März 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Fritsch.

Frankfurt, 7. April 1863. **Staatspapiere.**

		Per compt			Per compt
Oestr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	Baden	4% Obligation.	100¾ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	3½% dto. v. 1842	95¼ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	84⅛ P.	G.Hess.	5% Obligation.	103 P.
„	5% do. 1859 „ „	82⅞ b G.	„	4% dto.	101 P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	89⅜ G.	„	3½% dto.	97½ G.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	82⅜ G.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	103¼ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	72⅞ b.	„	4½% dto.	102½ P
„	5% Met.-Obligat.	68¼ b.	„	4% dto.	99¾ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	— —	„	3½% dto.	93⅛ P.
„	4½% Met.-Oblig.	62¾ b. G.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	93¾ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	106 G.	Lurbg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. C.	94⅛ G.
„	4½% dto.	101⅝ G.	Frankf.	3½% Obligation.	99⅛ G.
„	4% dto.	99⅜ P.	„	3% dto.	93 G.
„	3½% Staatssch.	89⅜ G.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	92¾ P.
Bayern	5% 4. Emission	— —	Span.	3% inl. Schuld	50 G.
„	4½% 1jährig	103 P.	„	2% Schuld	46¼ G.
„	4½% ½jährig	103⅞ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100⅛ G.
„	4% 1jährig	101¾ P.	Schwd.	4½% Obligation.	100 P.
„	4% ½jährig	101⅜ G.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	98⅛ G.
„	4% Ablös.-Rente	101⅝ P.	Schwz.	4½% E. O. Fr. à 28 k.	101⅞ P
„	3½%	— —	„	4½% Bern. St.-O.	102¾ b G
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105⅜ G.	„	4% dto.	96⅝ P.
„	4% ditto	104 G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	98¾ P.
„	3½% ditto	97¼ P.	N-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
Baden	4½% Obligation.	— —	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	139 G.
„ 250 „ „ 1854	87 b.
„ 100 „ Pr. L. 1858	141¾ G.
„ 500 „ v. 1860 5/7	99¼ b. G.
3½% Preuß. Pr. A.	129 G.
Schwed. Rthlr. 10 L.	10⅓ P.
Bad. 50-fl.-Loose	109½ P.
„ 35- „ „	55⅛ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	57⅜ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	133⅜ P.
„ 25 „ „ „	38½ P.
Nass. 25 fl. L. b. R.	38⅛ P.
Sch.-Lippe 25 Thl. L.	— —
Sard. 36 Fr. L. b. B.	55¼ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	— —
3% L. A. d. St. Brüss.	96½ P.
2½ Lütt. Pr.-O. b. G	36⅛ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	13⅛ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	100¾ B.
Antwerpen	„	93⅝ G.
Augsbg. 24 fl. 100	„	99¾ G.
Berlin	„	104¾ G.
Bremen	„	96⅜ B.
Brüssel	„	93⅝ G.
Cöln	„	105 B.
Hamburg	„	88⅞ B.
Leipzig	„	100 B.
London	„	118¾ B.
Maild. i. Fr. 200	„	93¼ G.
München	„	99¾ G.
Paris	„	93¾ G.
Wien	„	106¾ b G
Disconto		3% %

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	133¼ P.	Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —
3% Oesterr. Bank-Aktien	860 b.	5% Liv.-Flor. 420 Fr. à 28 kr.	— —
5% „ Cred. A. i. O. W.	221½ b.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	56 b.
3% Bayr. Bank à fl. 500	— —	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	53¼ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	242½ P.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	86⅞ G.
4% Weimar. Bank-Aktien	92½ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R 6/7	87⅞ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	101⅛ b G	4½% Hess. Ldwgsb.-Prior.	101¾ P.
4% Nordd. Credit-Aktien	— —	5% Oest. Ad. 1. Pr.-O. i. Silb.	80 G.
4% Luremb. Bank-Aktien	104 G.	„ „ „ 2. „ „	73⅞ G.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	685 G.	5% Ldwh.-Berb. Prior.-Obl.	— —
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	325 G.	4½% „ „ „	104¼ P.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	98¾ b.	4% „ „ „	100 P.
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	236 P.	4½% Rhein-Naheb. Pr. O.	101½ P.
5% Elisab-B. fl. 200 pr. St. 5/6	134½ b G	4½% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
Rhein-Nahe-Bahn	34½ b.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	255½ G.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	143⅛ G.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	920 G.
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	109½ G.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	118 P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	118¼ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	154 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	132 b.	4% Frkf. Provident. 10% „	— —

Gold und Silber

Pistolen	fl.	9 38½
Preuß. Friedrd'or.	„	9 56½
Holl. fl. 10 Stücke	„	9 46
Rand-Ducaten	„	5 34
20-Frankenstücke	„	9 23½
Engl. Sovereigns	„	11 50
Gold pr. Zollpfund	„	804—9
Hochh. Silb. p. Zpfd.	„	52 30
Preuß. Cassensch.	„	1 45⅛
Dollars in Gold	„	2 27

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage und der Liste der 69. Ziehung der großh. bad. 35-fl.-Loose.)